

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

304 (29.12.1921)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 8.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 8.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 7.50 M monatlich. — Einzelhefte 40 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6-11. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2-11. Die Restameile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 10 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Um die Reparationen

### Angedachte Pläne und Bedingungen Lloyd Georges

21. Paris, 28. Dez. Unter den zahlreichsten Hypothesen, die Lloyd über Briand erzählt werden, ist die neueste wenigstens als Information erwähnenswert. Lloyd George habe der von Doudeur und Chailson empfohlenen und auch von Sir Robert Horne und Sir L. Harrington Evans befristeten Finanzüberwachung zugestimmt, aber nur unter der Bedingung, daß die alliierten Truppen das Rheinland räumen. Es werde also in Cannes die Alternative gestellt werden: Verschärfung der Zwangsmassnahmen Erleichterung des militärischen Drucks oder Beibehaltung der militärischen Sicherungen mit größerer Handlungsfreiheit der deutschen Wirtschaft.

### Die Auffassung des „Sozialdemokratischen Parlamentarismus“

Der parteilose „Sozialdemokratische Parlamentarismus“ beschäftigt sich mit dem Ergebnis der Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand und bemerkt dazu: „Wir haben allen Anlaß, anzunehmen, daß tatsächlich vereinbart wurde, für das Jahr 1922 von Deutschland neben Sachleistungen eine Barzahlung von 500 Millionen Goldmark zu verlangen. Inwieweit die Mitteilung zutrifft, daß die 20prozentige Ausfuhrabgabe bestehen bleiben soll, muß vorläufig abgewartet werden. Immerhin aber können wir, wie gesagt, aus guten Gründen die mitmahligen Vereinbarungen zwischen Lloyd George und Briand — vorausgesetzt, daß sie endgültige Annahmen sind — als eine zufriedenstellende Entlastung Deutschlands bezeichnen, die naturgemäß starke Hausseffekten auf dem deutschen Geld- und Wirtschaftsmarkt nach sich ziehen wird. Erlebt die deutsche Erfüllungspolitik den Erfolg einer nicht kurzfristigen Entlastung des Staatshaushalts, dann wird es erste Aufgabe der Regierung sein müssen, das nachzuholen, was sie bisher veräumt, vor allem Dingen das bisherige Steuerprogramm zu revidieren. Mit indirekten Steuern werden wir von uns verlangen Sanierung der Reichsfinanzen nicht entsprechen, viel weniger unseren Verpflichtungen nachkommen können. Notwendig sind nun einmal weitgehende Eingriffe in den Besitz, worüber sich die Regierung bald Klar werden sollte.“

### Nathenau nach Paris abgereist

Berlin, 29. Dez. Wie die Blätter erfahren, ist Dr. Nathenau gestern nachmittag von hier nach Paris abgereist. Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge ist die Reise auf eine Aufforderung von autoritativer Seite der Entente erfolgt. Zweifellos steht die Reise Nathenaus, wie die Blätter weiter mitteilen, im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die heute nachmittag zwischen der Reparationskommission und der deutschen Kriegslastenkommission beginnen sollen. — Laut „Vossischer Zeitung“ wird sich Nathenau ebenso wie in London auch in Paris nicht in speziell amtlicher Eigenschaft und nicht im Auftrage der deutschen Regierung aufhalten.

### Die Konferenz in Cannes

21. Cannes, 28. Dez. Savas. Die erste Sitzung des Obersten Rates wird am 6. Januar abgehalten. Die Zusammenkunft wird acht Tage dauern. Die Delegationen werden ungefähr 200 Personen umfassen. Die amerikanische Abordnung trifft am 29. Dezember ein, die englische am 1. Januar und die anderen Delegationen am 5. Januar.

### Neue „Verfälschungen“ Deutschlands

21. Paris, 28. Dez. Die Blätter teilen, offenbar beeinflusst, mit, daß die Reparationskommission sich heute mit einer angeblich neuen dritten Verfehlung Deutschlands in der Lieferung von Koks zu beschäftigen habe. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen pro Tag sei seit dem 15. Dez. auf 9 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die erste Verfehlung datiere vom Juni 1920 vor der Konferenz von Spa; die zweite gehe auf den Monat März 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste Milliarde Goldmark, die aufgrund des Versailler Vertrages als Abschlagszahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlte habe.

Hierzu wird von unterrichteter Seite u. a. bemerkt: In Verfolg des Ende November eintreffenden starken Frostes sind erhebliche Störungen in der Koksabfuhr in der Ruhrregion eingetreten, die zu außerordentlichen Erschwerungen der laufenden Koksabfuhrung auch des Inlandes geführt und auch auf die Kokslieferungen und Kokslieferungen an die Alliierten zurückzuführen sind. Die tatsächliche Kokslieferung seit dem 15. Dez. erreichte jedoch fast 12 000 Tonnen neben rund 30 000 Tonnen Koks am 25., 26. und 27. Dez. voll erreicht. Am 27. Dez. wurden nicht weniger als 43 792 Tonnen Koks verladen. Ueber die Bemühungen der deutschen Regierung, die vorliegenden Schwierigkeiten zu überwinden, ist die Reparationskommission durch die Kriegslastenkommission fortlaufend unterrichtet worden. Die Verfehlung, eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage durch Schaffung von Schwierigkeiten in der Koksabfuhrung zu verhindern, dürfte ohne Erfolg sein.

### Der Papst und die Reparationen

21. Rom, 28. Dez. Papst Benedikt XV. empfing gestern den scheidenden deutschen Botschafter beim Quirinal von Behrenberg-Göbler und seine Gattin in etwa halbfrühlicher Privataudienz. Nachdem der Papst seine Freude über den Besuch des Botschafters und zugleich das Bedauern über sein Scheiden geäußert hatte, kam er auf Deutschland zu sprechen. Es sei ihm ganz unverständlich, wie man von Deutschland so ungeheure Summen fordern könne, führte der Papst aus, ohne Deutschland zugleich die Möglichkeit zu geben, sich zu erholen und seine Wunden zu heilen, aus welcher es dann zahlen könne. Er glaube, fügte der Papst hinzu, daß die Engländer dies jetzt eintreten und hoffentlich würden auch die Franzosen sich zu diesem Standpunkt der Vernunft bekehren.

## Der Plan für Cannes

Obwohl die Verhandlungen in London mit der größten Vertraulichkeit geführt wurden, ist es so wie gewöhnlich gegangen, daß über den Inhalt der geheimsten Verhandlungen dies und jenes durchsickert, bis schließlich die ganze Presse von Nachrichten darüber voll ist. Die einzige Garantie für die Geheimhaltung des wirklichen Inhaltes liegt dann in dem Umstand, daß er von besser und weniger gut Wissenden ganz verschieden wiedergegeben wird, so daß eine ganze Gallerie von Herrbildern entsteht, unter denen man sich sodann nach Belieben das richtige herauszusuchen mag.

Im gegenwärtigen Fall dürfte jedoch das, was der „Frankfurter Zeitung“ von ihrem Londoner Korrespondenten gemeldet wird, der Wirklichkeit zum mindesten am nächsten kommen. Danach gibt es zwischen Briand und Lloyd George ein formuliertes gemeinsames Programm, das von ihnen vor dem Obersten Rat vertreten werden soll. Dieses Programm sieht vor, daß Deutschland im Jahre 1922 statt 2 Milliarden Goldmark nur 500 Millionen und zwar in Raten bis zum 15. April bezahlen soll. In diese 500 Millionen sind die Kosten für die Belegung bereits mit eingerechnet. Bestehen bleibt die 20prozentige Ausfuhrabgabe und das Wiesbadener Abkommen über den Aufbau der zerstörten Gebiete. Zur Deckung dieser Forderungen sind Sachleistungen vorgelesen, für deren Wertberechnung neue gerechtere Grundsätze eingeführt werden sollen.

Es erhebt sich da sofort die Frage, wie man von Frankreich nach seiner bisherigen Haltung ein Eingehen auf einen derartigen Vorschlag erwarten kann. Darauf gibt die Pariser Zeitung „Le Devoir“, die gleichfalls wie die Frankfurter Zeitung ihre Informationen von englischer Seite erhalten hat, die Antwort. Das Pariser Blatt behauptet, daß England auf den Teil der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, der ihm nach dem Abkommen vom 13. August zusteht, verzichtet. Diese Nachricht ist höchstwahrscheinlich richtig. „Le Devoir“ geht aber noch weit darüber hinaus, indem es behauptet, England werde auf den ganzen Anteil an den deutschen Zahlungen, der ihm zusteht, das sind 22 Prozent, verzichten, so daß sich die deutsche Gesamtsumme von 132 Milliarden auf 103 erniedrigen würde. Ferner wolle England Frankreich die Hälfte der Kriegsschuld erlassen, entweder gegen die Abgabe deutscher Bonds, oder ohne jeden Gegenwert. England werde sodann von Frankreich die Räumung der Rheinlande, die neutralisiert werden sollen und die Abrüstung zu Lande und zu Wasser einschließlich der U-Bootflotte verlangen.

Wenn diese Nachrichten in der Hauptfrage stimmen, dann ist das Geheimnis aufgeklärt, wieso von Frankreich die Zustimmung zu einem Plane erwartet werden kann, der Deutschland bedeutend entlastet. Frankreich soll nichts genommen werden, ebensowenig Italien oder Belgien. Die Last des Verzichts will England allein tragen, das dadurch zwar aus der Bilanz seiner Staatsfinanzen einige unehrbringliche Aktiven streicht, dafür aber aus seiner gefährlichen Wirtschaftskrise herauszukommen und als Reformator der gesamten europäischen Wirtschaftsverhältnisse eine neue überragende Stellung zu gewinnen hofft.

Wie man sieht, handelt es sich um einen Plan von gigantischem Ausmaß, das man noch nicht einmal ganz übersehen kann, da ja die Regelung der deutschen Reparationsschuld nur einen Teil des ganzen auch die russische Frage umfassenden Planes zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft darstellt. Die Entscheidung soll nun sehr bald in Cannes erfolgen.

Für das Gelingen ist die Zustimmung aller Beteiligten notwendig. Zu ihnen gehört auch Deutschland, da ja die Diktate von Versailles und London äußerlich doch die Form von Verträgen tragen, die ohne Zustimmung der Beteiligten nicht abgeändert werden können. Indes läßt sich voraussehen, daß von Deutschland keine entscheidenden Schwierigkeiten kommen werden. Allerdings ist noch nicht bekannt, wie tief die Alliierten mit ihren Forderungen bezüglich der Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Staatshaushalt in die inneren deutschen Finanzfragen eingreifen wollen. Aber leider steht ja die Sache so, daß der bestehende Vertrag von Versailles ihnen sowieso schon auf diesem Gebiet alle Rechte gibt. Von Deutschland kann kaum etwas verlangt werden, was nicht verlangt werden könnte, wenn es ohne jede Störung und ohne jeden Nachschuß bei dem Londoner Finanzdiktat verbliebe. Etwas Gutes würde man in Deutschland vielleicht auch darum leichter tragen können, weil man sich sagen würde, mit dem neuen Beschluß sei wohl der Anfang zu einer neuen für Deutschland erträglicheren Regelung gemacht, aber noch nicht das Ende erreicht.

Somit konzentriert sich das Hauptinteresse auf die Frage, ob Briand stark genug sein werde, den mit Lloyd George vereinbarten Plan in der französischen Kammer durchzusetzen, oder ob nicht die Opposition von rechts die Oberhand gewinnen würde, ferner ob sich Belgien und Italien mit den in London ausgearbeiteten Vorschlägen einverstanden erklären würden. Darüber läßt sich heute noch nichts Bestimmtes sagen. Die Möglichkeit von schweren Rückschlägen läßt sich nicht bestreiten. Aber selbst vorausgesetzt, daß diese eintreten würden, so müßte man doch an-

## Lohnbewegung und wilde Streiks der Eisenbahner

Im rheinisch-westfälischen Gebiet ist es nun zu Teilstreiks der Eisenbahner gekommen. Ob sich diese wilden Streiks ausbreiten werden, steht noch dahin. Die Reichsregierung scheint nach den vorliegenden Nachrichten entschlossen zu sein, sich nicht den ultimativen Forderungen der Eisenbahner im Streikgebiet zu beugen. Die Führer und Mitläufer dieser wilden Streiks tragen jedenfalls eine Verantwortung aus dieser Aktion, die von größter Schwere ist. Die Eisenbahnerorganisationen beraten soeben über die Lage. Es liegen folgende Nachrichten vor:

### Die wilden Streiks — Züge werden angehalten

21. Eberfeld, 28. Dez. Seit heute mittag ruht der gesamte Personen- und Güterverkehr. Die Züge werden in den Vorortbahnhöfen von den Streikenden abgesehen und nicht weitergelassen. Auch heute abend war der Verkehr noch nicht wiederhergestellt und es ist nicht vorauszusagen, wann der Betrieb wieder durchgeführt werden kann. Schupo ist aufgeboten worden, um die Ordnung wiederherzustellen.

Berlin, 28. Dez. (Privattelegramm.) Im Anschluß an die ultimativen Forderungen der Eisenbahner der Direktionsbezirke Eberfeld, Köln und Essen ist auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Eberfeld bereits die Arbeit niedergelegt worden. Heute nachmittag wird eine Aussprache im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen stattfinden. Falls der Zustand im Westen heute nachmittag zur Laskasse wird, verabsichtigt der Deutsche Eisenbahnerverband, die Leitung der Streikbewegung zu übernehmen. Die Blätter weisen besonders auf die große Gefahr hin, die der Kohlenversorgung Deutschlands durch den Eisenbahnerausstand im Rheinland droht. Im Reichsverkehrsministerium wird jedoch die Lage noch keineswegs als bedrohlich angesehen.

### Ein Aufruf des Präsidenten der Eisenbahndirektion

21. Eberfeld, 28. Dez. Der Eisenbahn-Direktions-Präsident von Eberfeld hat folgenden Aufruf erlassen: Die teilweise ArbeitsEinstellung im Wuppertal veranlaßt mich zu folgendem Aufruf: Die ArbeitsEinstellungen, die sogar zu

gewalttätigen Eingriffen in den Betrieb geführt haben, sind als wilde Streiks anzusehen, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sind. Zur Aufrechterhaltung eines wenigstens notwendigen Betriebes erwarte ich die Unterstützung aller besonnenen Bediensteten. Ich lege insbesondere voraus, daß die Beamten in Gemeinschaft mit den arbeitswilligen Arbeitern alles aufbieten werden, um die Störungen zu beseitigen.

### Die Reichsregierung und die wilden Streiks

Berlin, 28. Dez. Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Arbeitsniederlegung der Eisenbahner in einzelnen Teilen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes beschäftigt. Der Reichsverkehrsminister berichtete über die durch das Ultimatum der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Bezirke Eberfeld, Köln und Essen geschaffene Lage. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ultimativen Forderungen nicht zu bewilligen seien, und daß die Regelung der Besoldung der Eisenbahner, die vor Weihnachten getroffen worden ist, mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Reiches aufrecht erhalten bleiben muß. Die Bewilligung der Forderung würde für das Reich einen Mehraufwand von mehreren Milliarden bedeuten. Die Blätter betonen, daß die Reichsregierung nicht zuletzt aus Gründen auskenpolitischer Natur bestrebt ist, die Staatsbetriebe rentabler zu machen. Diese ganze Anstrengung würde hinfällig sein, wenn eine neuerliche Belastung des Eisenbahnetats um mehrere Milliarden erfolgen würde. Eine Erhöhung der Tarife über die bereits beschlossenen hinaus, erschiene vorläufig undenkbar. Die für gestern nachmittag angesetzten Besprechungen der Eisenbahnerorganisationen mit dem Reichsverkehrsminister sind infolge des Drucks, den die Eisenbahner in Westdeutschland durch das Ultimatum und die teilweisen Streiks vom Reichsverkehrsminister abgelehnt worden, um die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen. Aufeinander auf das Wirken des Berliner Hauptverbandes des Eisenbahnerverbandes hin, haben die Werkstättenfunktionäre des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre ursprüngliche bis gestern nachmittag besetzten Forderungen bis Freitag verlängert. Heute so die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt werden.

nehmen, daß sie bloß vorübergehend sein würden. Auf irgend einen Wege muß die Welt aus dem unmöglichen Zustand heraus, der durch ein undurchführbares nur auf dem Papier lebendes Finanzdiktat der Sieger geschaffen worden ist. Gewalt kann keinen Ausweg schaffen, das kann nur ruhige wirtschaftliche Ueberlegung. Darum darf man vielleicht schon von den Verhandlungen in Cannes einen wichtigen Schritt zur Reform der europäischen Wirtschaftsverhältnisse erwarten. Sollte man dort vor ihm noch zurückzucken, so wird die Vernunft der harten wirtschaftlichen Tatsachen dafür sorgen, daß er nicht mehr lange hinausgeschoben wird.

### 100 000 russische Emigranten in Berlin

Berlin und seine Umgebung ist im Laufe der Geschichte mehrmals eine Zufluchtsstätte für ausländische Flüchtlinge geworden, die aus politischen Gründen ihr Vaterland in Scharen verlassen.

Vom Ende des Jahres 1918 bis in das Jahr 1920 hinein ergoß sich nach Berlin der Hauptstrom aller vor dem Chaos in ihrem Lande flüchtenden Russen. In dem engeren Berlin sind 13 766 russische Emigranten politisch gemeldet. Ihre Hauptmasse hat sich aber in den weislichen Vororten Schöneberg, Wilmersdorf und ganz besonders in Charlottenburg angeeignet. Von unterrichteter Seite wird die Gesamtzahl der in Groß-Berlin festhaft gewordenen russischen Flüchtlinge auf ungefähr 100 000 geschätzt, wobei zu berücksichtigen ist, daß manche Emigranten in der Eile der Flucht ohne Paß herübergekommen sind und aus Furcht vor Ausweisung ihre politische Anmeldung zu vermeiden suchten. Außer Berlin haben Königsberg, Leipzig und Hamburg zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen, insgesamt etwa 20 000.

Diese Emigranten gehören zum größten Teil dem gebildeten Mittelstand an. Einzelnen noch diejenigen Russen, die als Kriegsgefangene auf dem Lande beschäftigt waren und nach ihrem Heimatsland nicht zurückkehren konnten. Man kann die sehr interessante Tatsache feststellen, daß der Zustrom russischer Emigranten nach Berlin in letzter Zeit erheblich sich verstärkt hat — nicht durch Zuwanderung aus Rußland, sondern durch Abwanderung aus den Ländern der Entente und den ehemals neutralen Staaten. Ursprünglich hatten zahlreiche Flüchtlinge nach Frankreich, nach der Schweiz und besonders nach Schweden sich gewendet. Aus Enttäuschung aber über die Haltung der Entente gegenüber Rußland und aus dem sicheren Instinkt, daß für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Rußlands Deutschland eine wichtige Rolle spielen wird, konzentrierten sich die in Europa lebenden Emigranten immer mehr nach Berlin.

Wohl die Mehrzahl der in Berlin lebenden Emigranten hat sich auf ein längeres Verweilen eingerichtet oder strengt alle Kräfte an, im deutschen Wirtschaftsleben einen Platz sich zu sichern. Für Unterricht und Bildung sorgt zunächst eine eigene, aus privater Gründung hervorgegangene Schule, ferner eine Art Volkshochschule, die als Ergänzung für die Berliner Hochschulen gedacht ist, außerdem Vorkurse und eine Anzahl von Vereinen. Uns interessiert mehr der Prozeß ihrer Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben. Bezüge über Praxis aus Rechtsanwaltschaft haben mit deutschen Berufsgelehrten gemeinsame Büros, Techniker gewinnen Eingang in die Industrie. Maler und Graphiker, Kunstgewerber und Fotografen suchen durch Ausstellungen sich bekannt zu machen und ihre Erzeugnisse zu verkaufen.

Zahlreiche Kaufleute haben Kommissionsgeschäfte errichtet zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Da diese Bestrebungen Kapital erfordern, haben Berliner Banken ihre russischen Abteilungen zu besonderen Instituten ausgebaut.

Die gewerbliche Betätigung der hier lebenden Russen spiegelt in dem Verlagsbuchhandel. In Berlin erscheinen vier russische Tageszeitungen und vier Fachzeitschriften. Die Zahl der Buchverlage ist so groß, daß sie genau gar nicht angegeben werden kann. Sie wird auf 50 bis 100 geschätzt. Die vielen Buchverlage rechtfertigen ihre Existenz durch einen starken Absatz an die in Deutschland lebenden Russen, vor allem aber durch den Export nach den russischen Randstaaten, nach Amerika und alle anderen Länder, in denen russische Emigranten sich aufhalten.

### Die ersten Sitzungen des 5. Allrussischen Rätekongresses

D.C. (Sunkspruch). Moskau, 27. Dez. Im Namen des Allrussischen Zentralerekutivkomitees eröffnete Kassinin den 5. Allrussischen Rätekongress. Nach den Begrüßungsansprachen

### Ekkehard

81 Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Ihr habt recht, sprach Ekkehard zu Frau Hadwig, es ist alles falsch. Dido sollte lachen und Aeneas sollte hingehen und sich ins Schwert stürzen, dann wäre es richtig. Sie blickte unstill auf. Was habt Ihr? fragte sie. Ich kann nicht weiter lesen, erwiderte er. Die Herzogin war aufgestanden.

Wenn Ihr nicht mehr lesen mögt, sprach sie mit scheinbar gelangweiltem Ausdruck, es gibt noch mannigfache Mittel und Wege, uns etwas Amüsantes zu erzählen. — Ihr mögt dabei auslesen, was Euch gefällt, es gibt so viel Liebreizendes und Gewaltiges noch außer Euerem Virgil. Oder gehet hin und dichtet selber etwas. Euch drückt irgendeine Last, Ihr mögt nicht erklären, Ihr mögt nicht aufs Land gehen, alles tut Eueren Augen weh, Euerem Geist fehlt eine große Aufgabe, wir wollen sie Euch geben.

Was sollt' ich dichten? erwiderte Ekkehard. Mir's nicht schon Glück genug, das Echo eines Meisters, wie Virgilius, zu sein? Er sah mit umflorten Augen auf die Herzogin. Ich wüßte nur Elegien zu singen, sehr traurige.

Somit nichts? fragte Frau Hadwig bortwurfsvoll. Haben unsere Vorfahren keine Kriegszüge getan und ihr Dershorn mit Sturmgeschall durch die Welt erklingen lassen und Schlachten geschlagen, so viel wert wie die des Landfahrers Aeneas? Glaub' Ihr, der große Kaiser Karl hätte die uralten Rieder der Wölfer sammeln und singen lassen, wenn nur leeres Stroh darin steckte? Wüßt Ihr zu allem Eure lateinischen Bücher haben?

Ich weiß nichts, wiederholte Ekkehard. Ihr sollt aber etwas wissen, sagte die Herzogin. Es stünde doch zu verwundern, wenn nur wir Hausgenossen der Burg einen Abend zusammenkämen und von den alten Geschichten und Sagen plauderten, ob da nicht mehr zusammenkäme, als in der ganzen Aeneide steht? Des Kaisers Karl frommer Sohn hat freilich vom alten Sagenfang nichts mehr wissen wollen und lieber schnarrendem Pfaffenredern sein Ohr geliehen, aber uns allen hasten von Kindesbeinen noch jene Geschichten an. Erzählet uns eine solche, Meister Ekkehard, dann verlassen wir Euch den Virgil samt der lieblichen Königin Dido.

der Vertreter der föderierten Sowjetrepubliken erstellte Lenin einen zweifelhafte Bericht über die äußere und innere Lage der Russischen Sowjetrepublik. Obwohl der Weltkapitalismus, erklärte Lenin, sich zu zerlegen beginne, hätten die werktätigen Massen des kapitalistischen Westens noch nicht den Weg der Revolution beschritten. Rußland befände sich zurzeit im Zustande eines labilen Gleichgewichts und müsse auf neue Ueberfälle gefaßt sein. Die Sowjetregierung habe die Mandatstaaten anerkannt, verwahre sich aber gegen eine Verböhnung, wie sie lechthin von Seiten Finnlands zutage getreten sei. Ohne Beziehungen zum Auslande könne Sowjetrußland nicht bestehen; es müsse bel den zum Wiederaufbau herangezogenen Kapitalisten zu wirtschaften lernen. Zum Schluß forderte Lenin zur Solidarität der Bauernmassen auf, was einzig den endgültigen Sieg der revolutionären Errungenschaften verbürge.

Darauf billigte der Kongreß einstimmig die äußere und innere Politik der Sowjetregierung. Alsdann berichtete Kassinin über die bisherigen Ergebnisse der Hungerhilfe: aus staatlichen Mitteln hätten bisher nur 10 Proz. der erwachsenen Bevölkerung und 17 Proz. der Kinder der Hungergebiete bürftig versorgt werden können, daher war der Staat genötigt, sich um Unterstützung an die Bevölkerung zu wenden; die allgemeine Hilfsfähigkeit müsse wesentlich vergrößert werden. Kassinin sprach die Gewißheit aus, daß sein Appell auch bei dem ausländischen Proletariat lebhaften Widerhall finden werde. Es folgen Berichte des Volkstommisars für Landwirtschaft Ossinski, für Gesundheitswesen Tjenski u. a. In der Abendigung berichtete Kamenow an der Hand umfangreichen statistischen Materials über die neue Wirtschaftspolitik und der Vorhänge des Obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanow über die Lage der russischen Industrie.

Zu dem Wirtschaftsbildbericht Lenins bemerkt die Moskauer „Pravda“, daß er deutlich den Wunsch nach friedlichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande gezeigt habe; die Sowjetregierung würde diese Beziehungen durch Verwaltungsmassnahmen und durch weitere Zugeständnisse wirtschaftlicher Art erleichtern, doch werde sich Sowjetrußland keinesfalls zum Spielball für die Großmächte fergeben.

### Badische Politik

#### Freiburger Hochschulfandal und Wotansglaube

Die „Freiburger Tagespost“, das Freiburger Organ des Zentrums, veröffentlicht folgende ihr zugegangene Zuschrift:

An die „Freiburger Tagespost“!

Der „Freiburger Tagespost“, die einem jüdischen Professor freie Meinungsäußerung zubilligt bei Ecdierung des Werkes Bismarcks, des deutschesten der Deutschen — sprechen wir jedes wöllische Empfinden ab!

Sie mag ihre Ansichten über Recht und Moral für sich behalten! Wo es sich um Deutschland handelt, hat eine ultra montes hergeholte Weltanschauung sich zu bescheiden!

Wir warnen euch! Im neuen Werke ist ein neues Geschlecht, das wieder an den Sonnenlauben der Väter anknüpft, der — deutschen Väter! — und es ablehnt, sich von dem ersten jüdischen Defäkanten (gemeint ist Guet Christus!) Vordrängen lassen zu lassen! Anser deutscher Bismarck steht uns hoch, weltenhoch über jedem internationalen Juden — heilge er nun Professor Kantorowicz oder Jesus von Nazareth!



Deil

Der Wotansglaube macht noch unter den Deutschnationalen wesentliche Fortschritte. Die Deutschnationalen Radsportler haben, die den Untertitel „Christliche Radsportler“ führt, wird sich noch bald gezwungen sehen, sich „Gemeinschaft der Wotansreiter“ zu nennen.

Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln. Das neueste Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt enthält eine Verordnung des Ministeriums des Innern, in der bestimmt wird, daß der Antrag auf Erzielung der Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln schriftlich durch Vermittlung des Bezirksamts des Wohnorts oder der gewerblichen Niederlassung bei dem Landeskommissar zu stellen ist, in dessen Dienstbezirk der Ankauf erfolgen soll; dabei ist anzugeben, seit wann sich der Antragsteller mit dem Ankauf von Kartoffeln befaßt und womit er sonst sein Sachverhältnis nachweisen will. Es muß auch angegeben werden, für welche Zeit und für welches Gebiet die Erlaubnis erteilt werden soll. Gegen die Veräußerung des vorläufigen Ausweises ist nur Beschwerde an den Landeskommissar und gegen die Veräußerung der Ankaufserlaubnis für Kartoffeln ist nur Beschwerde an das Ministerium des Innern zulässig.

Über Ekkehard's Gedanken flogen weit andenkwärts. Er schüttelte sein Haupt wie ein Träumender.

Ich sehe, Ihr braucht Anstoß, sprach die Herzogin. Es soll Euch von allen ein gut Beispiel gegeben werden. Pragebis, halt' Euch bereit und lünde es dem Kämmerer Spazzo an, wir wollen uns morgen an Erzählung alter Sagen erfreuen. Ein jedes sei gerüstet.

Sie griff den Virgilus und warf ihn feierlich unter den Tisch, als Zeichen, daß eine neue Aera beginne. Ihr Gedanke war gut und anregend. Nur dem Klosterfchüler, der während der Herzogin Rede sein Haupt in Pragebis' Schloß hatte ruhen lassen, war es nicht ganz deutlich, wann darf ich weiter greiflich lernen, gnädige Herrin? sagte er.

Wenn die grauen Haare wieder gewachsen sind, sprach sie heiter und lüchelte ihn wiederum.

Ekkehard ging mit großen Schritten aus dem Saal. Zwanzigstes Kapitel Von deutscher Heldenlage

Auf dem Gipfel des hohen Driuel innerhalb der Burgmauern war ein gierlich Gärten angelegt; ein steiler Felsvorsprung, von Mauerwerk eingefast, umschloß den näpigen Raum. Es war ein feiner Platz, als wie eine Hochwacht, denn teil abwärts sprang der Fels, also, daß man über die Brüstung geleht einen Stein mochte hinabschleudern ins tiefe Tal, und wer sich am Auspähen erfreute, der mochte Umschau halten über Berg und Fläche und See und Alpengipfel, keine Schranke hemmte den Blick.

Im Schwinel des Gärten lieh ein alter Horn vergnüglich jene Wipfel im Winde rauschen, schon war das besüßelge Samenorn reif und gekräut und wirtelte auf die schwarze Numenerde hernieder; — eine Leiter war an den grüngrauen Stamm geleht, zu Füßen stand Pragebis und hielt die Enden eines schweren langen Zelgütchens, in den Keilen aber sah Bur-lard, der Klosterfchüler, mit Nagel und Hammer und suchte das Zuch festzunagen.

Achtung! rief Pragebis, ich glaube, du schauet dem Storch nach, der dem Kirchturm von Radolfs Jelle entgegen fliegt. Paß auf, du Ehrenpreis von Radolfs Schüler, und schlag mit den Nagel nicht neben den Ast.

Pragebis hatte das Zuch mit der Linken empor gehalten, jetzt ließ es der Klosterfchüler fahren, da zog sich's gewichtig herab, wüß von dem lässig eingeschlagenen Nagel und laut schwerfällig, so daß die Griechin schief ang drein begraben ward.

Eine Resolution zum Murgalbahnbau. Eine Entschlieung zum Murgalbahnbau wurde von der Amiserversammlung in Freudenstadt angenommen. Unter anderem wird darin bemerkt, daß der im Jahr 1919 begonnene Ausbau der Murgalbahn Klosterreichenbach-Forchach bis jetzt keine nennenswerten Fortschritte gemacht habe. Diese Verzögerung bringe für den Oberamtsbezirk Freudenstadt und für weitere Teile des württembergischen Landes nicht nur volkswirtschaftliche Nachteile, sondern verleierte auch den Bau der Bahn. Die württembergische Staatsregierung wird aufgefordert, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der Reichseisenbahnverwaltung und beim Reichsfinanzministerium für beschleunigten Ausbau und Inbetriebnahme der Bahnverbindung einzutreten.

Bessere Entlohnung der Schullandabiten. Das Finanzministerium hat seine Zustimmung zu einer besseren Entlohnung derjenigen Schullandabiten gegeben, die auf ihre Einberufung als Lehrer wartend, ausschließlich in staatlichen Büros verwendet werden. Diese Schullandabiten bezogen bisher nur geringe Vergütungen.

### Die Gannerei im mittelbadischen Schnapsbezirk

III. Bähl, 28. Dez. Wie raffiniert oft von den Brenne-reißerern vorgegangen wird, um die Zollbeamten zu täuschen, hat sich, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, bei etuer in den letzten Tagen bei dem Wirt Joseph Feger in Bähl vor-genommenen genauen Untersuchung des Brennererwesens gezeigt. In zwei verschiedenen Abteilungen des Hauskellers, dem Brennereräum durch den dazwischen liegenden Hof getrennt, befanden sich große Maiskaffee mit einem Raumgehalt von zwei bis dreitausend Liter. Die Fässer waren sämtlich mit einem Gemisch von Zuder und Wasser gefüllt, das durch ein chemisches Präparat zum Kören gebracht worden war. Mittels einer Pumpe wurde von hier aus die Flüssigkeit durch eine unter-terblich angelegte Röhre über den Hof nach dem zweiten Stad des Brennraumes in ein in einem kleinen Gefäß aufgestelltes Faß geleitet. Von hier erfolgte sodann der Abfluß durch eine Röhre in den Brennereräum, woselbst dann die Röhre in zwei Arme geteilt über den Brennblasen in die Kessel mündeten. Die Kessel wurden mit dem in Brennereräum stehenden angemel-deten Kernstoff uho. gefüllt; alsdann wurde durch die Röhre die vergorene Zuder- und Sirupmischung zum heimlichen Abrennen ausgesetzt. Der Brennererößler gibt zu, 30 Zentner Zuder ver-wendet zu haben; es steht aber noch leistungsfähig, daß er nicht mehr gebrannt hat. Vorgefunden wurden neben zahlreichem an-derem Material 21 930 Liter Zudermaische, die zum heimlichen Abtrieb bestimmt war, 3,5 Zentner gebrützte Zwerfchen, 45 volle und 16 leere Sirupfässer, sowie 2 Zentner Zuder. Es ist fest-gestellt worden, daß Feger schon seit 6 Wochen Zudermaische zur Brauntweinherstellung verwendet hat. Daß bei solchen Zustän-den für die Bevölkerung kaum mehr Zuder erhältlich ist, ist selbst-verständlich. Ebenso wird außer den Brennern jedermann ber- stehen, daß nur außerordentliche schärfste Maßnahmen solche Zu-stände wieder beseitigen können.

### Badischer Gemeindeverband

Der geschäftsführende Ausschuß des Badischen Gemeindeverbandes hielt am 6. Dezember ds. Js. in Karlsruhe eine Sit-zung ab, über deren Ergebnisse uns nachstehender Bericht zu-geht:

1. Menderung des Landessteuergesetzes. Die Finanzlage ist in den meisten Gemeinden eine trostlose geworden und hat sich durch die neuerdings eingetretene große Steuerung abermals verschlechtert. Eine Katastrophe ist nicht abzuwenden, wenn nicht das Reich sich dazu entschließt, die Gemeinden mehr als bisher an den direkten und indirekten Steuern zu beteiligen. Die Menderung des Landessteuergesetzes ist deshalb zur dringenden Notwendigkeit geworden. Eine wirksame Verbesserung sieht der Vorstand nur in der Ueberlassung selbständiger Steuern und demgemäß in der Befestigung der Quotierung bei den Einkom-mensteuern. Jedenfalls müssen aber die Anteile an der Einkommensteuer, an der Körperschaftsteuer und an der Umsat-steuer sowie die Garantiesumme bedeutend erhöht werden. Beim Deutschen Landgemeindebund und bei der Regierung werden deshalb folgende Anträge gestellt:

a) Neuregelung der Steuerberechnung bezüglich der Ein-kommensteuern in dem Sinne, daß die Reichssteuerfähe

Warte, Pfuscher! schalt Pragebis, wie sie sich aus der groben Umhüllung dorgewidelt, ist werd einmal nachsehen, ob es keine grauen Haare mehr abzuschneiden gibt.

Kaum war das letzte Wort gesprochen, so ward der Kloster-fchüler auf der Leiter sichtbar, er kletterte die Sprossen bis zur Hälfte nieder, dann sprang er mit gleichen Füßen auf das Zuch und stand vor Pragebis.

Seht Euch, sprach er, ich will mich gern wieder strafes las-sen. Ich hab' heut nacht geträumt, Ihr hättet mir alle Haare ausgerauft und ich wär' mit einem Kacktopf in die Schule ge-kommen und es hätt' mich gar nicht gereut.

Pragebis schlug ihm leicht auf das Haupt. Wer's nicht zu lippen in den Ferien, Männlein, sonst wird beim Kören ein Langbuden für die Rute, wenn du wieder im Kloster bist.

Aber der Klosterfchüler dachte nicht an den kühlen Schatten seiner Hörsäle. Er stand unbeweglich vor Pragebis.

Nun? sprach sie, was gib's noch? Was begehrt man? Einen Kuß? antwortete der Bögling der freien Künste.

Hört mir den Jauntönig an! scherzte Pragebis. Was hat Eure Weisheit für Gründe zu solchem Begehrt? Die Frau Herzogin hat's auch getan, sagte Bur-lard, und Ihr habt mich schon über ein dutzendmal aufgefordert, ich soll Euch die Geschichte erzählen, wie ich mit meinem alten Freunde Romeias vor den Sonnen gefallen und wie er als ein tapferer Held gestritten hat. Das erzähl' ich Euch aber nur um einen Kuß.

Höre, sprach die Griechin mit ernst bezogener Maene, ich muß dir etwas sehr Wertwüdiges mitteilen.

Was? frug der Knabe höflich. Du bist der tüchtigste Schlingel, der je einen Kuß über eine Klosterfchülerhülle gefehlt! . . . sprach sie, vertrittet ihn schnell in eine weichen Arme und küßte ihn derb auf die Wange.

Wohl bekomm's! rief eine tiefe Bassstimme von der Garten-pforte her, wie sie den Knaben schallhaft von sich stieß. Es war Herr Spazzo.

Schönen Dank! sprach Pragebis unbetrübt. Ihr kommt ge-rade recht, Herr Kämmerer, um bei Aufrechterung des Beltudes zu helfen. Mit dem tüchtigen Knaben bring' ich's heute nicht mehr zustand.

So scheint es! sprach Herr Spazzo mit einem dreifchneidi-gen Blick auf den Klosterfchüler.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Rebellion in der kommunistischen Partei (K. P. D.)

ermächtigt und den Gemeinden das selbständige Besteuerungsrecht wieder verliehen oder aber zum mindesten in der Weise, daß der prozentuale Anteil an den Einkommensteuern und an der Umsatzsteuer ganz wesentlich erhöht wird.

b) Bedeutende Erhöhung der Garantiesummen unter Anpassung des Schlüssels an die wirklichen Bedürfnisse, falls selbständige Einkommensteuern für die Gemeinden nicht in Betracht kommen können.

c) Aufhebung des § 56 Abs. 6 und des § 59 Abs. 6 ZStG.

d) Aufhebung des letzten Satzes von § 43 Abs. 1 ZStG, rückwirkend vom 1. April 1920 an, damit die Umsatzsteuer denjenigen Gemeinden zugute kommt, in denen die Betriebe bezw. Filialbetriebe sich befinden.

e) Entsprechende Beteiligung der Gemeinden an den neuen Steuern (Kapitalverkehrssteuern, Gewerbesteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Energiesteuer, Getränkesteuer usw.), sowie an den indirekten Steuern überhaupt.

f) Rechtzeitige Ueberweisung der Gemeindefinanzen bei Verbehalten der Quotierung, event. durch Leistung von Abschlagszahlungen.

g) Boller Ersatz der durch Erhöhung der Gemeindebeamtenbesoldung erforderlich gewordenen und weiter notwendig werdenden Aufwendungen der Gemeinden.

h) Einfache Gestaltung der Steuererlasse und des Abrechnungsverfahrens, um einen raschen Vollzug zu gewährleisten.

**2. Vergütungssteuerordnung.** Der Vorstand behauert, daß das Reichsfinanzministerium das Bestreben, für die Gemeinden des Landes eine einfache und leicht verständliche Vergütungssteuerordnung aufzustellen nicht gefördert und dem vorgelegten Entwurf die Genehmigung verweigert hat. Den Gemeinden muß deshalb empfohlen werden, die Reichsvergütungssteuerordnung vom 8. Juni 1921 (Reichsgesetzl. S. 856) unverändert anzunehmen.

**3. Inanspruchnahme der Gemeinden für Arbeiten der Steuerbehörde.** Nach den Bestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes haben die Gemeinden Steuerklaren auszufüllen und andere Arbeiten für die Steuerbehörde zu verrichten, die eine wesentliche Belastung der Gemeindeverwaltung verursachen. Es wird die Vergütung von 1 M pro Steuerklare als zu niedrig erachtet und beschloß, Antrag auf Erhöhung zu stellen.

**4. Beitrag der Gemeinden zum Aufwand für die Landstraßenunterhaltung.** Die von der Staatskasse nachträglich geforderten hohen Beiträge zum Aufwand für die Landstraßenunterhaltung können die Gemeinden nicht tragen. Die Verhandlungen mit der Regierung wegen Uebernahme auf die Staatskasse sind fortzusetzen.

**5. Besetzung und Ausbildung der Gemeindebeamten.** Die Sache der Reichsbesoldungsordnung sollen im allgemeinen auch auf die Beamten der Gemeinden Anwendung finden mit folgenden Abweichungen:

- a) Die Selbstverwörter erhalten keine Steuerzuschläge. Als Selbstverwörter werden diejenigen Beamten angesehen, welche 20 Ar landwirtschaftliche Fläche auf den Kopf ihrer unterhaltspflichtigen Familie, mindestens aber 100 Ar, bebauen.
- b) Die Kinderzulagen werden nur den hauptberuflich beschäftigten Beamten gewährt. Als hauptberuflich beschäftigte Beamte gelten diejenigen Beamten, deren Einkommen vorwiegend aus dem Gemeindeeinkommen besteht.
- c) Die Einziehung der Gemeindebeamten mit Ausnahme der Bürgermeister, ist mit Rücksicht auf das Sperrgesetz von Gruppe VII ab, an eine gewisse Vorbildung wie bei Reich und Staat gebunden, da sonst die Einziehung im Widerspruch mit dem Sperrgesetz stehen würde. Es sollen daher Gemeindebeamte mit einem Lebensalter von unter 30 Jahren nur nach Ablegung einer eingehenden Prüfung in Gruppe VII und aufwärts eingereiht werden. Gemeindebeamte, welche über 30 Jahre alt und in Gruppe VII sowie in höheren Gruppen eingereiht sind, sollen soweit möglich, Ausbildungskurse, welche der Bev. Gemeindeverband im Benehmen mit dem Zentralverband der Gemeindebeamten Baden's unter Inanspruchnahme der Staatshilfe einzuführen beabsichtigt, innerhalb der nächsten 2 Jahre besuchen. Den Bürgermeistern ist es freigestellt, an den Ausbildungskursen ebenfalls teilzunehmen.
- d) Geschäftskontakle der Gemeindeführer. Dem Antrag des Verbandes badischer Gemeindeführer entsprechend, werden Normalfähige für Geschäftskontakle, Beleuchtung, Heizung und Reinigung aufgestellt, die sich zwischen 100 und 500 M jährlich bewegen.

## Aus der Partei

**Forchheim.** Sonntag, 1. Januar, abends 7 Uhr, Veranstaltung der Sozialdem. Wahlverein im Vereinshaus „Zum Schwaben“ eine Jahreswendefeier unter Mitwirkung des

## Alban Stolz über das Schnapsbrennen

Ein Artikel aus dem Jahre 1845.

Alban Stolz hat in seinem „Kalender für Zeit und Ewigkeit“, Dritter Jahrgang 1845 unter dem Titel „Das Vaterunser“ u. a. geschrieben:

„Es war im Sommer (nicht dies Jahr), da stieg ich abends von einem hohen dunkeln Waldgebirg herunter und heraus und kam in ein sonniges Tal. Könnst ich dir es doch zeigen, das Tal und den Abend! Ober mir, von wo ich kam, strebten hoch hinauf die dunkeln Felsen und kühnen Felsen; und dann senkt es sich herab in freundlichen hellgrünen Wiesengrund, und kristallene Bächlein rieseln und glitzern daher und dahin. Und um den Bach da bürden sich die Erden empor, und der edle Pappelbaum, Weicheln auf der Höhe hütet der Bus die Kuh und die Weisen, und jodelt an Wald und Fels empor. Und vor mir gegen Sonnenuntergang liegen Rebhügel mit ihrem glänzenden Laub und dozwischen der Kirschbaum und das Laubgehölz.

Aber, wie nach trüblichem Morgen dem Rhein her oft ein grauer Nebel sich erhebt und den Tag verdüstert, so regten und hoben sich dunkle schwere Gedanken aus dem Abgrund der Seele, als ich dieses Paradies so schauete. Ich wußte wohl, wie es mit den Menschen, die dort hausen, bestellt ist. Unmöglich trübe Armut quält dort die Leute. . . Und ich wußte noch mehr: es ist bitter armes Leben da und doch wenn du selbst Verkünder an einem Schnaps- oder Wirtshaus vorbeigehst, so hörst du Männer drin eher lachen. Wie kommen die zu Geld? Weiß es selber nicht recht; man sagt, es frehen auch Rande dort und mehr noch frehen im Wald, rüst rux zur Koidast, nein, zum Verkauf, um Geld zum Saufen zu bekommen. An Sonntagen aber, da wird gretlich gelassen und dann erheben sich schwere Däbel und wildes Toben. . . So steht es dort mit den Menschen, wo die Natur so unendlich süß in holder Frömmlichkeit einen anlächelt.

Ich sage: Die Obrigkeit ist schuldig den Schnaps im Lande gänzlich zu verbieten. . . Man könnst mir zweierlei Widersprüche entgegenhalten. Erstlich: Die Obrigkeit hat kein Recht dem Bürgermann so seine leibige Freiheit anzufehen. . . Aber nun. . . der zweite Widerspruch, und den könnten die Oberhäupter machen und allda sagen: Du Wärderschreiber hast gut schreiben auf deiner Stube, was angeordnet werden soll — aber wenn da die abgeordneten Landesväter aus allen Landesteilen kommen, worunter manche gar wasserhelle Köpfe sind, die allem Ding auf den Grund sehen, und deshalb über alles rätionieren, und die (beständig gelacht) sehr gern wiederum und abermals gewäpft sein möchten, wenn ihr Tag abgelaufen ist; da

in der Hand des umfangreichen Materials, das der Kommunistin Clara Zetkin abgenommen worden ist, konnte kürzlich der „Vorwärts“ die verbrecherischen Putschmethoden der K.P.D. enthüllen. Wir haben jenes Material, das sich auf Tatsachen stützt, gleichfalls sehr ausführlich wiedergegeben. Die kommunistische Zentrale in Berlin versuchte, alle veröffentlichten Tatsachen als verlogen oder mindestens als Phantastereien zu bezeichnen und die Kommunisten, die die Berichte über die kommunistischen Verbrechen beim Märzputsch verfaßt hatten, als Lügner hinzustellen. Auf Befehl der Zentrale mußte die kommunistische Presse die gleichen Schwindelmander ausführen.

Das hat aber nun zur Rebellion in der K.P.D. geführt. Wahrscheinlich weniger aus einem Meinlichkeitsgefühl oder aus dem Wahrheitsdrang heraus, sondern um die diktatorisch auftretende Zentrale zu stürzen, hat sich eine Opposition organisiert, die der Zentrale eine lange Erklärung gegen die parteioffiziellen Schwindelmander durch eine Deputation überreichen ließ. Die Zentrale und die kommunistische Presse versuchte, auch diesen Vorgang zu tuscheln, aber die unabhängige Berliner „Freiheit“ brachte nähere Angaben und mußte die Berliner „Note Fahne“ endlich Farbe bekennen.

Umrahmt von langen Vor- und Nachreden erscheint die Veröffentlichung der Erklärung der Opposition. Sie trägt 128 Unterschriften, wovon 68 auf Groß-Berlin, 23 auf den Bezirk Rheinland-Westfal und 37 auf den Bezirk Königsberg entfallen. Fast alle 128 Unterschriften — und das gibt der Adresse ihre Bedeutung — sind Funktionäre höheren Grades, Betriebsobleute, Stadtverordnete, Bezirksleiter, Gewerkschaftsangehörte usw. An bekannteren Namen heben wir hervor: Otto Braß, M. d. R., Paul Branden, M. d. R., Mitglied des Zentralausschusses, Richard Müller, Heinrich Mahajan, Hans Pletner, M. d. R., Fritz Greger, M. d. R., Paul Tost usw. usw.

Der Inhalt der von den 128 unterzeichneten Erklärung ist für die kommunistische Zentrale im höchsten Grade blamabel. Dieser wird vorgeworfen, daß sie nach der Veröffentlichung der Zetkin-Dokumente in „Vorwärts“, auch die unbestreitbaren Tatsachen, die in den Veröffentlichungen enthalten sind, abzuleugnen versucht hat. Zu diesem Zweck seien Lemz und Zwickel als Lügner, ja sogar als Spitzel verdächtigt worden. Die Erklärung folgert daraus:

„Es liegt im Charakter dieser Taktik, daß die Zentrale durch ihre Beschlüsse und Erklärungen veranlaßt und infolge dessen auch von der Parteipresse befolgt worden ist, daß eine Lüge die nächste, eine Verleumdung die nächste zur Folge hat und daß die Zentrale und die von ihr inspirierte Parteipresse die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Behauptungen immer mehr erschüttert.“

Völlig unhaltbar, so führt die Erklärung weiter aus, werde die Lage der Zentrale im Prozeß Oberlein sein:

„Die von der Zentrale der Partei gegenüber eingeschlagene Verfahrungsweise muß zwanngsmäßig dazu führen, daß die Verantwortlichen sich von der Anklage der Anstiftung reinigen versuchen und damit die in den Buchhäusern sitzenden

Arb.-Gesangsvereine „Freiheit“ sowie der freien Turnerschaft. Das Programm ist sehr reichhaltig und bespricht den Teilnehmern einige genutzreiche Stunden. Zu dieser Veranstaltung wird die gesamte Arbeiterchaft sowie deren Familienangehörige eingeladen mit der Bitte, zahlreich zu erscheinen.“

## Soziale Rundschau

### Verwaltungskosten der Angestelltenversicherung

Die „Arbeiter-Vergütung“ schreibt in Heft 35 vom 11. Dezember 1921: „Für die Versicherung von rund 1.500.000 Angestellten war im Vorjahre die Tätigkeit von 123 höheren und 3302 (teilweise sogar 3491) mittleren und unteren Beamten erforderlich. Der Aufwand an Verwaltungskosten stieg von 22,8 Millionen Mark im Jahre 1919 auf 59 Millionen Mark, und 40 Mark auf jeden Versicherten im Jahre 1920.“ Bei einem zehnmal größeren Versichertenbestand betragen die Ver-

oder inzwischen schon befreiten Arbeiter belasten. Unsere Gegner werden dann die Situation anschlachten und sagen: Die kommunistischen Führer haben nicht nur (wie Branden im Sommer) ihre Grundzüge verleugnet, sondern sie scheuen nicht einmal davor zurück, die in Kämpfe hineingetriebenen Arbeiter zu belasten, um sich selber zu entlasten.“

Allerdings! Aber das ist nicht erst die fünftage, sondern schon die jetzige und vergangene Taktik der Kommunistenführer. Die Erklärung führt dann folgendes weitere Argument an:

„Das Leugnen des wahren Tatbestandes liefert die Partei und ihre Zukunft jedem der Hunderte Wissenden aus, die als Zeugen vernommen werden könnten. Es ist zwar anzunehmen, daß den meisten von ihnen der proletarische Aufstand gebietet, Klassengenossen nicht zu belasten. Es ist aber auch mehr als wahrscheinlich, daß sich einer oder der andere unter den Zeugen befindet, der sich nicht zu Unrecht sagt, daß kein Anlaß vorliegt, die Gefahr einer Meineidsklage zugunsten von Leuten auf sich zu nehmen, die sich nicht scheuen, ihn zu belasten, um sich selbst zu retten.“

Nach dieser vernichtenden Feststellung gehört eine unwahrscheinliche Portion Dreistigkeit dazu, noch weiter zu behaupten, daß der Inhalt der Zetkin-Dokumente aus „Phantastiken und Ausschneiderien“ bestehe. Aber die Situation ist eben die von Leuten, denen der Boden unter den Füßen wankt. Sie haben nur die Wahl, in der Verurteilung zu verschwinden oder das letzte Rettungsgelb des überführten Angeklagten zu ergreifen, hartnäckiges stumpfsinniges Leugnen.

Die Erklärung der 128 gliedert in zwei Forderungen: Rücktritt aller Verantwortlichen für die Märzaktion und Einziehung eines aus den Reihen der Unterzeichner zusammengesetzten Untersuchungsausschusses. Beides lehnt die Zentrale ab. Den Rücktritt der Verantwortlichen, weil es sich nicht um „Verbrechen“, sondern um „politische Fehler“ handelte, die der „revolutionären Ungeduld“ entsprangen. Politische Fehler gelten bei einem Führer der K.P.D. offenbar als Befähigungsnachweis, je mehr er begeht, desto notwendiger ist sein Verbleiben an leitender Stelle. Der Untersuchungsausschuss aber wird abgelehnt, weil man den Unterzeichnern der Proklamation „nicht mehr Glaubwürdigkeit zubilligen könne als der Zentrale“. Auf Deutsch: Die Ausreißer der angeklagten Zentrale dürfen auf ihre Stichtätigkeit nicht untersucht werden. Diktatur der Zentrale!

Der Kampf unter den Kommunisten ist nun in vollem Gange. Die Zentrale versucht nun, unter Anwendung der gewalttätigen Moskauer Methoden ihre Stellung zu retten. Wie die Note Fahne“ mitteilt, hat die Zentrale der K.P.D. einstimmig beschlossen, Friedland seiner Funktionen als Zentralkomitee und Braß und Mahajan, die gemeinsam mit Friedland einen Aufruf an die Parteimitglieder unterzeichnet hatten, in dem die Parteipolitik einer scharfen Kritik unterzogen wird, ihrer Funktionen vorläufig zu entziehen.

Auf den weiteren Verlauf darf man mit Recht gespannt sein.

Verwaltungskosten bei der Invalidenversicherung 58 Millionen Mark oder 3,6 Mark auf den Versicherten. Die Herren von den bürgerlichen Verbänden, die Apostel der Sonderbedeile, werden schreien, das stimmt keineswegs. Allerdings in den Geschäftsbereichen der Angestelltenversicherung finden wir andere Zahlen, doch wir lesen auch die Zahlen anders, und zwar etwas aufmerksamer.

Zu den als Verwaltungskosten verbuchten 10,9 Millionen Mark und 56 Millionen Mark sind für 1919 weitere 12,9 Millionen Mark Feuerungsanlagen an Beamte und Rücklagen für Ruhegehälter und Hinterbliebenenfürsorge der Beamten, und für 1920 2,8 Millionen Mark für denselben Zweck zu rechnen. Diese sind in den veröffentlichten Rechnungsabzählungen, wohl um den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, anderweit verbucht. Die Zahlen sind maßgebend und nicht nichtsagende Phrasen. Es gilt aus der Angestelltenversicherung eine soziale Fürsorge zu machen.

zum Schaden der Menschheit, machen auf diese Weise das Holz noch teurer und helfen auch dazu, daß die Leute freveln und dadurch geistlos werden. Kann nun das der Wille Gottes sein, daß ihre Frucht, Kartoffeln und Holz verderbt, um den schädlichen Schnaps zu bereiten?

Vor alten Zeiten hat man oft alte Weiber und andere Leute verbrannt als Hezen, weil man gemeint hat, die könnten allerlei zauberische verderbliche Kräuter bräuen. Das mag Über glauben gewesen sein; aber das ist sicherlich kein Aberglaube, daß die Schnapsbrenner in ihren Kesseln schimmere Getränke bräuen, als je eine Hege zusammenschüttelt hat. Ich will nicht sagen: Warum verbrennt man die Schnapsbrenner nicht? Das lautet zu wild — aber ich frage: warum stellt man ihnen ihr heillooses Land und Leute verderbendes Handwerk nicht ein? — Es ist in der Weltgeschichte zu lesen, daß man zu verschiedenen Zeiten gewöhnlich mit den armen Juden umgegangen ist, unter dem Vorgeben, sie hätten die Brunnen vergiftet. Das war ungerechter Verdacht; kein ungerechter Verdacht ist es aber, wenn man sagt, die Brenner vergiften die Brunnen, indem sie den Leuten ein Getränk bereiten, welches recht reizend ist, daß man alle Tage wieder und noch mehr trinken mag, welches aber so gleich den Menschen an Leib und Seele verderbt, ihm den Kopf verdirrt, daß er in Sünde, Tod und Hölle hinuntertaumelt. Ja es gibt gewiß keinen Schnapsbrenner, dessen Gebrauh nicht schon Verderbus an Leben, Seelen und Familienglied angerichtet hat, und der es nicht einmal vor dem Verrechnen muß, welcher für jene Seelen sein kostbares Blut vergossen hat. Wenn jedem Schnapsbrenner vorgelegt würde, jetzt schon, wie einem einmal dort vorgelegt wird, wo auch das unrechtmäßige Wort in Anschlag kommt: wenn jedem Schnapsbrenner jetzt schon vorgelegt würde das Verzeihnis von all dem Unheil, was sein Schnaps schon angerichtet hat, alle die vernachlässigte Arbeit, die Fläche, die unglücklichen Leben, den Jam, den wütigen freisenden Nummer, das unglückliche Unheil in der Kinderzucht, die Zahl der Tage und Jahre der Lebensabkürzung, die Zerrüttung von so und so viel Haushaltungen, so und so viele Seelen, die für Gottes Wort, für Gebet und im Gewissen mehr und mehr erstarben sind. — Weh, ja weh, — es würde mancher wie Judas wild um sich schauen, den Brenntessel zerstampfen, nach einem Stuhl schauern und sich henken, um sich die Verzweiflungsanstalt abzuführen!

Wohl ist das ein rauhes grimmiges Wort, wie Nordwind um Dreikönig; aber ich kann nicht anders die Wahrheit zwingt mich.

Entschlie-  
ammlung  
m wird  
sbau der  
nennens-  
g bringe  
e Teile  
liche We-  
er Bahn,  
ert, mit  
isenbahn-  
schleunig-  
g einzu-

Finanz-  
Entsch-  
Einbe-  
Büros  
säger nur

Brenne-  
tischen,  
bei einer  
Büh vor-  
dehens ge-  
ders, vom  
getrennt,  
von zwei  
mit einem  
chemisches  
einer  
e unter-  
iten Stoff  
stehendes  
durch eine  
e in zwei  
eten. Die  
angemel-  
Angelie  
die  
Brennen  
ander ver-  
er nicht  
einem an-  
heimlichen  
e, 45 volle  
st fest-  
statische zur  
n Zustän-  
st, ist selbst-  
mann ver-  
solche Zu-

Gemeinde.  
eine Sit-  
Bericht zu-

anfrage ist  
hat sich  
abermals  
wenn nicht  
als bisher  
gen. Die  
bringenden  
sicht der  
euren und  
n Einkom-  
der Ein-  
Umsatz-

Regierung  
der Ein-  
steuererläge

der großen  
es keine

er Kloster-  
bis zur  
das Tuch

trafen las-  
alle Haare  
Schule ge-

sonst wird  
wieder im

a Schatten

man?

Künste.

Was hat

erfard, und

rt, ich soll

n Freunde

in tapfere

um einen

Wiene, ich

über ein

ihn schnell

ste.

er Garten-

Es war

kommt ge-

Bestuhes

heute nicht

retschneidi-

### Gemeindepolitik

**r. Wörth, 27. Dez.** Unsere Ausführungen über die Ablehnung des Vorschlags durch die Mehrheit des Bürgerausschusses haben einen Zentrumsmann veranlaßt, eine Entgegnung im „Badischen Beobachter“ und im Eßlinger „Landesmann“ loszulassen. Das Geschriebene beweist uns, daß unsere Siege gesehnen haben bei denen, denen sie galten. Da der Kritiker sachlich nichts zu entgegenen weiß, so sucht er sich die üblich am Bürgermeister zu reiben, er rühre eine Sache betr. Dünung der Farrenwiesen auf, die direkt an den Haaren herbeigezogen ist. Mit solchen Kampfmitteln machen die Herrschaften nur bei den Dummen Eindruck, sie zeigen damit nur, daß sie nicht fähig sind, sachlich zu entgegnen. Auch sollen wir durch Kennzeichnung des Verhaltens der Zentrumsarbeiter diese denunziert haben; ein lächerlicher Vorwurf, wo doch jedermann über das Gebaren dieser Herren bei der öffentlichen Sitzung des Bürgerausschusses sich unterrichten konnte. Wenn die Zentrumskämpfer auf unsere Angriffe nichts geschickteres entgegen können, wie dies, was sie bis jetzt in ihren Leitorganen verbrochen haben, dann sollen sie lieber stille sein, sie fügen sonst zu ihrer Blamage im Bürgerausschuß nur noch die Lächerlichkeit.

**Madolfzell, 28. Dez.** Der Verkauf eines Teils der Madolfzeller Werke, über den wir schon berichtet haben, war Gegenstand einer Besprechung der Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft (Karlsruhe) mit den Amtsvorständen des Saarebundes, den Landesökonomieräten, den oberbadischen Volkserziehern, den milchliefernden Gemeinden und örtlichen Genossenschaften und den Bedarfsämtern. Verbandsdirektor Schön aus Karlsruhe legte die Gründe dar, die die Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft Karlsruhe veranlaßt haben, einen Teil der Madolfzeller Werke als „Filiale“ der Hauptgenossenschaft anzugliedern. Er betont, daß die künftige „Oberbadische Milchzentrale in Madolfzell“ ein Stützpunkt der gesamten Landwirtschaft des Saarebundes werden soll. Die Milchzentrale in Madolfzell soll zugleich auch als Ausgleichsmolkerei dienen, um in Zeiten des Milchüberflusses eine zweckentsprechende Verwertung in der eingegrenzten Molkerei und Trockenanlage zu ermöglichen. Die anwesenden Städtevertreter von Mannheim, Konstanz und Madolfzell begrüßten das Unternehmen; sie und andere Redner gaben dem Wunsche Ausdruck, daß die Landwirte des Saarebundes das Unternehmen unterstützen möchten.

**Mannheim, 27. Dez.** Die Gemeinde Wallstadt hatte den Wunsch nach Eingemeindung ausgesprochen. Der Stadtrat erklärte aber dazu, daß dieser Eingemeindung im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Stadt Mannheim jetzt nicht näher getreten werden kann.

**Die Bautätigkeit in den deutschen Großstädten.** Im 2. Vierteljahr 1921 sind in 35 deutschen Großstädten 1399 Wohngebäude und 692 Wohnungen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 831 Wohngebäude und 832 Wohnungen weniger als im ersten Vierteljahr 1921 gebaut worden. Den größten Zugang an Wohngebäuden hatten Dortmund und Essen mit je 142. In Berlin, Berlin-Wilmersdorf und Halle wurde kein Wohnhaus neu errichtet, in Barmen und Magdeburg nur je 2. Nach der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ hat Barmen die geringste Zunahme an Wohnungen aufzuweisen, die größte dagegen Dresden.

### Kleine Nachrichten

**Altenplan (Pfalz).** Der Sekretär der freien Bauernschaft Karl Walter wurde bei einer Geschäftsreise mit dem Rad von zwei Männern überfallen. Als sich Walter zur Wehr setzte, gab einer der Wegelagerer zwei Schüsse ab, wovon ihn einer am Arm verletzete, der zweite den Hut durchdrang. Walter wurde überwältigt und ihm die einflussreichen Gelder in Höhe von 70 000 Mark abgenommen.

**Berlin.** Ein auf mehrere Millionen Fund sich berechnender Schaden ist, wie der „Deutsche Handelsdienst“ aus Ebnen erzählt, durch die Vernichtung eines der großen Wollwäcker entstanden. Der Verlust hat einen solch großen Umfang erfahren, daß man in Fachkreisen mit der Möglichkeit einer großen Preisbeeinflussung durch dieses Ereignis rechnet.

**Berlin.** In Leipzig fuhr im Neubau des Messenhauses Union ein Wagen über das Kellergewölbe, in dem Arbeiter beschäftigt waren. Die Decke brach durch und der Wagen stürzte in die Tiefe. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet und zwei verletzt.

**Königsberg.** Die „Nivistsja“ meldet aus Schots die kriegsgerichtliche Erschießung von weiteren 465 Personen, die am letzten Aufstand in der Ukraine beteiligt waren. Der Rat der ukrainischen Volkskommissare macht bekannt, daß die letzten Reste der Banden unschädlich gemacht sind und daß der Aufstand endgültig niedergeschlagen ist.

**Saargebiet.** Im Saargebiet ist die Ausfuhr jeglicher Mengen Lebensmittel streng verboten, um Lebensmittelknappheit oder Feuerungsstörungen zu vermeiden. Trotz der Verbote hat der Kaufmann Peter Prach größere Mengen Lebensmittel aus dem Saargebiet nach Lothringen verschoben. Er wurde jetzt zu 3 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt.

**Gagenau (Els.).** Die großen Schieflungen mit Kohlen und Holz, die in den letzten drei Jahren auf der hiesigen Station vorgenommen worden waren, haben jetzt zur Aburteilung der Täter geführt. Bei den Schieflungen handelte es sich um über 10 Eisenbahnwagen mit Kohlen und Holz, das für die Angehörigen der Eisenbahn bestimmt war. Die Haupttätschreiber erhielten 2 Jahre Gefängnis und je 500 Frs. Geldstrafe, während die übrigen mit geringeren Strafen davon kamen.

### Aus der Stadt

• Karlsruhe, 29. Dezember.

#### Begrüßung der aus Avignon entlassenen Kriegsgefangenen

19 deutsche Krieger, die in den letzten Tagen aus der Gefangenschaft in Avignon entlassen worden waren, sind gestern mittag 12.07 Uhr aus Mannheim auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen. Sie wurden mit Jubel von dem zahlreich auf dem Bahnhof anwesenden Publikum empfangen. Die Heimkehrer konnten die Sondere von Händen, die sich ihnen zur Begrüßung entgegenstreckten, gar nicht fassen. Die meisten von ihnen trugen noch die alte Militärkleidung, welche an möglichst sichtbarer Stelle in großen roten Lettern die Buchstaben P und G (Prisonnier de guerre) zeigte. Auf dem Bahnhofspfad fand inmitten einer großen Menschenmenge ein feierlicher Empfang statt. Die Schillerkapelle leitete die Feier in würdiger Weise ein und der Leiter der Kriegsgefangenenstelle Karlsruhe, Major Müller, begrüßte als erster die Heimkehrer auch namens der deutschen Reichsregierung. Minister Trunk ließ sie namens der badischen Staatsregierung auf deutschem Boden herzlich willkommen. Namens der Stadt sprach Stadtv. Vöhringer, worauf sich dann die Heimkehrer unter den Klängen der Schillerkapelle nach dem bereit stehenden Strohhahnwagen benaben, der sie nach der Dragonerkaserne brachte, wo sie neu eingekleidet wurden und für die nächsten Tage Unterkunft finden. Abends

1/8 Uhr wurden die Leute dann von der Wirtschaft zum „Rebstock“ aus, wo sie verpflegt und mit Liebesgaben besichert wurden, mit Musik und Lampions durch die Kaiserstraße nach dem „Goldenen Adler“ geleitet, wo vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener die Vorbereitungen für eine Begrüßungsfeier getroffen wurden. Ein Tannenbaum mit brennenden Lichtern grüßte die Leute, welche nach langen Kriegsjahren und nach harten Jahren der Gefangenschaft der Heimat wiedergegeben wurden. Es ist ein herbes Schicksal, das diese Leute erdulden mußten durch eine unverständige Rechtsprechung der französischen Kriegsgerichte und einen jodistischen Haß der derzeitigen französischen Machthaber. Eine wirklich ritterliche Nation hätte die Leute nach Kriegsschlüssen, namentlich wenn der Gegner keine Gefangenen reitlos entlassen hat, ebenfalls freigegeben, denn deren „Vergeben“ waren meist faum der Rede wert. Auch jetzt noch werden etwa 30 deutsche Kriegsgefangene zurückbehalten, die, wie die Heimkehrer berichten, von Avignon nach Toulon gebracht werden sollen. Darunter befinden sich noch zwei Karlsruhe'ner namens Stähle und Kroh. Ersterer hat noch bis Dezember 1925, letzterer bis Dezember 1930 in französischer Gefangenschaft zu verbringen, falls nicht doch die bessere Einsicht siegt, und sie auch in nächster Zeit in die Heimat entläßt. Die zuletzt Entlassenen sind meist Norddeutsche. Nur ein Badener befindet sich darunter, namens Otto Kraus aus Seidelberg vom Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 110.

Die Begrüßungsfeier, an der auch ein schweizerischer Vertreter des internationalen roten Kreuzes, Herr Ney, teilnahm, verlief aufs Beste. Namens der festgebenden Verbände richteten die Kameraden Reichwein und Vöhringer herzliche Worte an die Heimkehrer und die erkrankten Festteilnehmer, die in dem Wunsche ausklangen, die Heimkehrer möchten das ausgetandene Leid vergessen und sich nach Kräften am Aufbau des darniederliegenden Heimatlandes beteiligen. Nicht ruhen und rasten werden wir, und protestieren bis die letzten 34 Mann, die drei Jahre nach Friedensschluss noch in Gefangenschaft sind, herausgegeben werden. Der Gesangsverein „Typographia“, der sich wie auch bei der letzten Begrüßungsfeier zur Verfügung stellte, sang hierauf mehrere Chöre. Musikalische und humoristische Vorträge folgten, sodas es an Unterhaltung nicht fehlte. Die Heimkehrer wurden mit Gaben an Geld und Naturalien erfreut, die durch freiwillige Sammlungen und Spenden aufgebracht wurden. An Geld spendeten die Reichsvereinigung 50 M. pro Mann, das Rote Kreuz 20 M. pro Mann und die evangel. und kathol. Kirchengemeinde je 10 M. pro Mann.

Seit Donnerstag vormittag 9 Uhr findet ärztliche Untersuchung im Verordnungslozaret und mittags 1 Uhr ein offizielles Festessen im „Rebstock“ statt. Morgen Freitag erfolgt sodann die Entlassung nach der Heimat. Möge allen eine gute Zukunft beschieden sein.

#### Weihnachtsfeier des Vereins Arbeiter-Jugend

Die Arbeiter-Jugend veranstaltete ihre Weihnachtsfeier Sonntag, 8. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße 20. Das aufgestellte Programm trägt einen rein künstlerischen Charakter. Es sind eine Anzahl junger Künstler und Künstlerinnen genommen worden, die durch gesungene Darbietungen, Solovorträge, Duette und Quartette die Feier verschönern werden. Auch Mitglieder der Arbeiter-Jugend werden durch ernste und heitere Vorträge Proben ihres Könnens geben. Die Festeide hält Herr Professor Kar A. H. Bach. Die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen und Genossinnen seien heute schon auf diese Veranstaltung hingewiesen und um zahlreichen Besuch gebeten. Der Eintritt beträgt 2 M. einschließlich Aufbarkeitssteuer. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben in der Expedition des „Volkfreund“ und in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16.

#### Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung

**Mietzinsberechnung.** Der Stadtrat befragt die Vorschläge der Mietzinskommission. Er empfiehlt nach eingehender Beratung Mietern und Vermietern, sich auf Grund dieser Vorschläge über die Berechnung der Mietzinsen zu einigen. Als Vnderungen bezgl. Ergänzungen gegenüber der letztjährigen Berechnung sind zu verzeichnen: Die Grundmiete wird in einem Betrag von 5 Prozent des Steuerwerts für Kapitaldienst und in einem solchen von 1 Prozent für Mißto, Abschreibung und Verwaltung zerlegt. Der Gesamtbetrag von 6 Prozent bleibt wie bisher bestehen. Die Betriebskosten erfahren eine namhafte Steigerung infolge Erhöhung der Steuern und Umlagen, des Wasserzinses und der Feuerversicherung, namentlich aber auch der verschiedenen Gebühren wie Straßeneinigungs-, Müllabfuhr-, Morgengrubenerleuchtungs- und Schwemmgeldern. Zu beachten war auch noch, daß Teile der Betriebskosten des Vorjahres, soweit nämlich solche im Mietzins nicht verrechnet worden sind, nachträglich zur Berechnung kommen müssen. Einnahmen fließen dem Vermieter aus den Betriebskosten nach wie vor nicht zu; es handelt sich lediglich um die Verrechnung tatsächlicher Auslagen. Der Satz für Instandhaltung ist von 1 Prozent auf 3 Prozent des Steuerwerts entsprechend den erhöhten Preisen und Löhnen erhöht worden. Die Erfüllung der Instandhaltungspflicht des Vermieters soll in einfacher und sicherer Weise dadurch gewährleistet werden, daß der Mietzinsvereinbarung eine Erklärung angefügt wird des Inhalts: „Der Vermieter ist zur Instandhaltung des Hauses und der Wohnung verpflichtet. Besteht Streit über die Instandhaltungspflicht des Vermieters, so entscheidet das Einigungsamt als Schiedsgericht in der planmäßigen Besetzung. Das Schiedsgericht kann auf Antrag des Mieters die von ihm für notwendig erkannten Instandhaltungsarbeiten zur Ausführung dem Grund- und Hausbesitzerverein auf Kosten des Vermieters übertragen.“ Der Grund- und Hausbesitzerverein hat die auf Grund dieser Erklärung ihm zufallende Aufgabe übernommen.

**Geschäftsgang beim Wohnungsamt.** Der Auszug für Wohnungswesen hat in einer größeren Anzahl von Sitzungen über „Mietlinien und Grundzüge für die Ingebrauchnahme von Wohnungen“ beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen wird seitens des Stadtrats gutgeheißen und das Wohnungsamt beauftragt, die Vergabe der verfügbaren Wohnungen künftig nach diesen Grundzügen und Richtlinien zu regeln.

Nach diesen Grundzügen ist zum Teil bisher schon, aber ohne daß sie in voller Klarheit zum Ausdruck gekommen wären, auf dem Wohnungsamt gearbeitet worden. Neu ist die Bezeichnung der Dringlichkeit der einzelnen Wohnungsgesuche nach einem festen Zeitsystem. Ebenfalls neu und grundlegend am bedeutungsvollsten ist eine weitgehende Beschränkung der Tätigkeit des Wohnungsamts auf das Mögliche und Notwendige unter Geranziehung des wohnungsuchenden Publikums zur freien Mitarbeit. Das Wohnungsamt wird künftig die Ingebrauchnahme der Wohnungen ordnen und überwachen. Zu unmittelbaren Eingriffen wird es nur im Notfall zu schreiten

haben. Mit dem hiernach vorzunehmenden Umbau der Abteilung II des Wohnungsamts erfolgt gleichzeitig der teilweise sehr erwünschte Abbau dieser Abteilung. Eine Verminderung im Umfang der Tätigkeit des Wohnungsamts wird weiterhin noch insoweit eintreten, als die Instandhaltung in Zukunft in Begleit kommt und dem Mietzinsamt angegliedert wird. An die Stelle der Tätigkeit der sogenannten Wohnungs-Kommissionen treten Umzugsprämien für solche, welche durch Zusammenziehen die Kosten ihrer Wohnung u. U. auch des Haushalts verringern möchten, dies jedoch mit Rücksicht auf zu hohe Umzugskosten bisher unterlassen haben. (Siehe auch die Bekanntmachung des Stadtrates in heutiger Nummer über Mietzinsberechnung und Berechnung der Wohnabgabe.)

#### Geschworenenliste für die Schwurgerichtsverhandlungen im Januar 1922

Vöhringer Wilhelm, Graveur in Gutingen; Schuhmacher Martin, Landwirt, Rheinhausen; Päd. Friedrich, Goldhändler, Langenab; Rudek Theodor, Möbelfabrikant, Mellingen; Berg Ludwig, Profurist, Eßlingen; Wittemann II Johannes, Landwirt und Gemeinderat, Gultenheim; Luttinger Franz, Fabrikant, Pöfingen; Baden; Aker Friedrich, Schlosser, Karlsruhe; K in der Peter, Zigarrenfabrikant, Karlsruhe; Bedt Leopold, Privatmann und Oberpostinspektoren a. D., Schilberg; Angeler Otto, Eisenbahninspektoren, Karlsruhe; Kist Josef, Karlsruher, Karlsruhe; Duceus Walter, Regierungsrat, Karlsruhe; Bille, Herrmann, Versicherungsbeamter, Karlsruhe; Aab Adolf, Bijouteriefabrikant, Pöfingen; Vöhrle Karl, Schlosser, Karlsruhe; Stumpf Eugen, Kaufmann und Postagent, Eßlingen; Scholl Robert, Bijouteriefabrikant, Pöfingen; Kändler Jakob, Metzbiener, Durlach; Bösch Leopold, Fabrikant, Karlsruhe; Dietrich Arthur, Arbeitersekretär, Pöfingen; Heuser Georg, Betriebsleiter, Muggensturm; Peter Kurt, Hoteldirektor, Baden; Schneider Anton, Kaufmann, Eßlingen; Kach Adolf, Privatmann, Pöfingen; Deeg Hermann, Schneidermeister, Elmendingen; Kessel Josef, Schuhmachermeister, Karlsruhe; Schneider Peter, Kaufschreiber, Pöfingen; Haffis II Josef, Schmiedmeister, Dörlingen; Schneider Bius, Drehermeister, Karlsruhe. — Die Verhandlungen beginnen am 9. Januar 1922.

**Ein Arbeitsjubiläum.** Bei der Faberei und Chem. Waschanstalt vorm. Ed. Krink L. G., Karlsruhe i. B. kann am 1. Januar wiederum eine bewährte Mitarbeiterin der Firma, Elise Wischhoff, ihr 40jähriges Jubiläum feiern. Die Jubilantin, Vorsteherin der Warenkontrolle, trat am 1. Januar 1882 in die Firma ein und war ununterbrochen 40 Jahre bei derselben tätig. Bei der Direktion, sowie allen Angelegten und Arbeitern erfreut sich dieselbe höchster Wertschätzung. — Wie wir in Erfahrung bringen, wurde die Jubilantin aus Anlaß ihrer treuen Dienste mit einem namhaften Geldgeschenk bedacht.

**Berechnung der Fernspreckgebühren.** Die mit dem Jahreswechsel eintretende Erhöhung der Fernspreckgebühren soll in Gestalt eines Feuerungsauflages zu den geltenden Gebührensätzen verrechnet werden.

#### Bereinsanzeiger

Bei 5 und mehr Heften Nr. 2.— die Hefte Nr. 2,50 die Hefte (Bereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

**Karlsruhe.** (Sängerbund Vorwärts.) Morgen Freitag 1/2 Verwaltungssitzung im Vereinslokal, Sylvesterabend Zusammenkunft der Mitglieder und Angehörigen ebendortselbst. Nächste Singstunde Freitag, 6. Januar.

**Arbeiter-Sportklub Karlsruhe.** Die Kartellvereine werden ersucht, umgehend die Beamtenthaltung des Klubschreibens vom 1. Dezember vorzunehmen, da die Angaben dringend benötigt werden. Die Ausgabemittel werden zu einer wichtigen Sitzung auf Freitag, 30. Dez., abends 8 Uhr, geladen, Erscheinen unbedingt notwendig. Sitzung, Sontenstraße 167.

**Salzella Karlsruhe.** Heute Donnerstag, abends 1/8 Uhr, Sängerversammlung im Lokal. Infolge äußerer wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Herr. Veller von Ruff, Masch.-Arb. hier, mit Elisabetha Wüst, geb. Becke, von Scheibenhardt.

Todesfälle. Klara Biegler, Behrmädchen, alt 15 Jahre. Frz. Frid, Fuhrmann, Chem., alt 56 Jahre. Friederike Kammerer, alt 70 Jahre, Witwe von Wih. Kammerer, Bremser. Anna Barthel, alt 68 Jahre, Witwe von Adam Barthel, Masch.-Mitt. H. Diez, Schreiner, Wimer, alt 71 Jahre. Rob. Vogt, Blechener, Chem., alt 82 Jahre. Pauline Wed, alt 51 Jahre, Ehefrau von Eugen Wed, Architekt und Professor. Dr. Armin Friedrich, Syndikus, ledig, alt 41 Jahre. Frdr. Schöber, Fab.-Arb., Chem., alt 44 Jahre. Wih. Gembeler, Radmeister, Chem., alt 62 Jahre. Julius Wolff, Fab.-Direkt., ledig, alt 66 Jahre. Johannes Knoll, Schneider, Chem., alt 40 Jahre. Anna, alt 9 Monate 4 Tage, V. Rich. Doll, Bahnarbeiter. Frieda Minch, alt 47 Jahre, Ehefrau von Wih. Minch, Schuhmacher.

## Feinschmecker



rauchen nach wie vor

# SALEM ALEIKUM GOLD ZIGARETTEN

Willkommene Geschenke für Damen und Herren!



